

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 6 (1986)

Heft: 11

Artikel: US-amerikanische Verschuldungspolitik, Ausbeutungs- und Armutssstrategien : wann bricht das internationale Schuldensystem zusammen? : Ein Interview

Autor: Fröbel, Folker / Müller, Christoph / Zurgilgen, Kurt

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651542>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Folker Fröbel

US-amerikanische Verschuldungspolitik, Ausbeutungs- und Armutsstrategien. Wann bricht das internationale Schuldensystem zusammen? Ein Interview.*

Es bestehe, so Präsident Garcia, ein *Wettstreit* zwischen *Entschuldung* und *Demokratie* –. Noch halten die Schuldnerländer in der Politisierung ihrer Position zurück. Aber wie lange noch? Im Grunde hängt die Weiterführung des Schuldendienstes nicht davon ab, ob die Schuldnerländer zu zahlen *vermögen*, sondern ob sie überhaupt zahlen *wollen*.

NZZ 12./13.4.86

Widerspruch: Du hast in Deinen Ausführungen gefordert, dass die Gewerkschaftsbewegung, wenn sie neue politische Kraft schöpfen will, ein Bündnis mit den neuen sozialen Bewegungen eingehen sollte, und dass die Aufgabe dieses neuen Bündnisses die Verhinderung der Durchsetzung des japanischen Produktionsmodells in der BRD, in Westeuropa wäre. Du hast Dich insofern optimistisch geäussert zu diesen Verhinderungsmöglichkeiten, als es auch von konservativer Seite, die an einer Wendepolitik interessiert ist, Skepsis, Distanzierungen gegeben hat von den gegenwärtigen neokonservativen politischen Strategien. Steht das konservative Akkumulationsmodell, wenn wir in Phasen diskutieren wollen, schon wieder zur Disposition?

Fröbel: Das konservative Akkumulationsmodell hat zwei Etappen. Die erste Etappe, das waren im wesentlichen die siebziger und Anfang der achtziger Jahre. Da ging es für die Kapitalseite darum, die Arbeiterbewegung wieder in Schranken zu weisen und die Produktion in den Industrie- wie Entwicklungsländern neu zu strukturieren. Denn Anfang der siebziger Jahre hatte sich herausgestellt, dass erstens der Primat des Kapitals in Frage gestellt war, die Arbeiterbewegung also begonnen hatte, ungewünscht viel Macht zu entwickeln, und zweitens ökonomisch das Funktionieren dieses Modells, das bis dahin gut geklappt hatte, in Frage gestellt war. Ökonomisch, um an einige Fakten zu erinnern, gab es damals steigende Inflationsraten, der Dollar in seiner Funktion als Weltgeld geriet 1971/72 in eine Krise. In den siebziger Jahren und anfangs der achtziger Jahre ist es der Versuch von seiten der Unternehmer, des Kapitals und der Regierungen, die in erster Linie die Interessen des Kapitals befördern wollen, die Machtverhältnisse in der Gesellschaft wieder eindeutig zugunsten des Kapitals zu verändern und zweitens so umzustrukturieren, dass wieder Verhältnisse vorliegen, die einen Wachstums-Boom ermöglichen sollen wie in den fünfziger und sechziger Jahren.

Diese Phase ist hinter uns, und mit der Regierungsübernahme von Thatcher, Reagan, Kohl, Nakasone und ähnlichen Politikern und politischen Strömungen ist eine zweite Phase eingetreten, die ich als eigentliche konservative Phase bezeichnen würde, weil in ihr erstmals auf umfassender politischer Basis, also von Regierungsseite her ein konsistenter Versuch gemacht wird, diese Reorganisation zu vollenden. Heute ist es bereits etwas fraglicher geworden im konservativen Lager, ob dieser Versuch einer Durchsetzung japanischer Arbeitsmethoden in der ganzen kapitalistischen industriellen Welt so einfach und unmodifiziert vorgenommen werden kann wie man sich das anfangs der achtziger Jahre in den konservativen Regierungen vorgestellt hatte. Es gibt Verunsicherung im konservativen Lager über die ungehemmte hundertprozentige Übernahme des japanischen Modells in den USA und in Westeuropa. Man kann aber nicht sagen, dass die konservative Politik schon in sich so widersprüchlich geworden ist, dass sie im konservativen Lager zur Disposition gestellt wird.

Widerspruch: Diese Unsicherheit könnte Ausdruck von zwei verschiedenen Einschätzungen sein. Die eine hast Du angesprochen: dass diese Restrukturierung nämlich auf einen gewissen Widerstand gestossen ist; die Unsicherheit mit dieser Politik könnte daher stammen, dass man sich überlegt, ob der politische Widerstand gegen diese Politik weiterwachsen könnte. Die andere Möglichkeit, die ich zu bedenken gebe, bestünde darin, dass die Restrukturierung im Prinzip erfolgreich gewesen ist und jetzt zu einem Abschluss kommen muss, dass diese restriktiven Politiken, die in den letzten Jahren betrieben worden sind, jetzt wieder einer expansiveren Politik auf einer neueren Grundlage weichen können.

Fröbel: So sehe ich es etwa für die BRD; anders ist es dagegen in den USA. Ich bin skeptisch, ob die Restrukturierung in den USA in den letzten Jahren schon weit genug fortgeschritten ist, um auf dieser Grundlage ein neues Modell zu installieren, das nicht mehr auf einer gegen die Gewerkschaften, gegen die Minderheiten gerichteten Politik beruht. Ich hab den Eindruck, dass in den USA irreversible Veränderungen geschaffen worden sind, dass diese Polarisierung der Gesellschaft in Zweidrittel, die einen Arbeitsplatz mit einigermaßen erträglichen Arbeitsbedingungen haben einerseits, und in Eindrittel der Bevölkerung, der entweder arbeitslos ist oder verarmt unter miserablen Bedingungen existieren muss anderseits, bis auf weiteres irreversibel ist.

Widerspruch: War nicht gerade dies ein Ziel der Restrukturierung? Du sagst, Du seist skeptisch, ob jetzt eine Basis für einen neuen Aufschwung vorläge. Könnte man es nicht so sehen, dass die Basis eben gerade darin besteht, dass dieser eine Drittel an Arbeitslosen, Randgruppen, diskriminierten Schichten geschaffen worden ist als permanenter Konkurrenzdruck? Um nämlich zu verhindern, dass die Arbeitenden die Stärke, die sie Ende der sechziger Jahre hatten, wieder zurückgewinnen. Und dass mit dieser Grundlage schon eine sichere Basis geschaffen worden ist, um wieder ein grösseres Wachstum anzustreben.

Fröbel: Da stimme ich dir zu. So versteh ich das auch. Man kann sich natürlich fragen, ob das Ganze nicht auf Sand gebaut ist. Warum? Jeder weiss, dass die USA im Moment 200 bis 300 Milliarden Dollar öffentliche Verschuldung pro Jahr dazugewinnen. Wenn das noch fünf oder sechs Jahre so weitergeht, dann wird die öffentliche Verschuldung 3000 Milliarden Dollar betragen. Im Moment beträgt sie 1800 Milliarden Dollar. Das heisst: bei einem Schuldendienst von etwa 10 Prozent würden in wenigen Jahren 300 Milliarden allein für den Schuldendienst aufzubringen sein, also genau so viel wie heute der Staat sich pro Jahr neu verschuldet. Von daher ist es sofort einsichtig, dass diese auf öffentliche Verschuldung gestützte Wirtschaftspolitik nur noch ganz wenige Jahre so weiter gehen kann. Ich sehe daher in wenigen Jahren in den USA eine grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik voraus, die erzwungen sein wird. Offenbar ist die Hoffnung der gegenwärtigen US-Wirtschaftspolitiker, dass diese wenigen Jahre ausreichen, die amerikanische Wirtschaft international wieder völlig konkurrenzfähig zu machen. Man zieht jetzt durch die hohen Zinsen aus der übrigen kapitalistischen Welt investierbare Überschüsse ab, verwendet sie zum Aufbau neuer Technologien und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in einigen ausgewählten Bereichen der Wirtschaft: Weltraumfahrt, Rüstung, Biotechnologie, Elektronik und ähnliche Dinge.

Dennoch: Ist es wirklich aussichtsreich, die amerikanische Wirtschaft so zu restrukturieren, dass sie in 5 Jahren wettbewerbsfähig sein wird und die öffentliche Verschuldung hinfällig? Du hast Skepsis geäussert, du hast darauf hingewiesen, dass die neuen Technologien nicht nur in den USA einsetzbar sind. Stichwort China: Warum soll nicht in China zumindest eine Annäherung an die neuen Technologien eingesetzt werden? Ob nun von chinesischen Fabriken autonom, oder in Joint-venture-Abkommen, das ist hier nicht die entscheidende Frage. Diese Möglichkeit ist nicht entschieden. Ob diese Politik den gewünschten Erfolg haben wird, wollt ich damit noch nicht gesagt haben.

Auch in der schon etwas älteren Diskussion über die Verlagerung der Produktion aus der Ersten in die Dritte Welt gibt es Stimmen, die sagen, die neuen Technologien werden dazu führen, dass das, was früher aus Kostengründen in die Dritte Welt verlagert worden ist, in Zukunft nicht mehr verlagert werden muss, weil die neuen Technologien eine rentable Anwendung genau dieser Techniken auch wieder in den Industrieländern möglich machen. Das ist zwar bis zu diesem Punkt zunächst richtig, aber man muss dann die Frage stellen, ob nicht diese modernen Technologien teilweise eingesetzt werden können zur Produktion in den Entwicklungsländern. Und es gibt Beispiele dafür, dass Entwicklungsländer oder Firmen aus Industrieländern, die in Entwicklungsländern produzieren, genau diese modernen Technologien in Entwicklungsländern einsetzen. Das bedeutet natürlich, dass die Fabriken dort die Zahl ihrer Arbeitsplätze drastisch reduzieren. In der Chip-Produktion für die Elektronik ist das ganz auffällig. Man kann da viele konkrete Beispiele zitieren, dass Firmen wie Texas Instruments oder National Semiconductor, die Fabriken mit Tausenden von weiblichen Arbeitskräften in Malaysia, Taiwan usw. hatten, wo die einzelnen Frauen unter einem Stereomikro-

skop Goldfäden an die einzelnen Chips gelötet haben, dass auch dort automatisierte Verfahren dies mit einem Zehntel der Arbeitskräfte machen. Die Arbeitskräfte sind dann im wesentlichen zum Testen da; sie müssen nicht mehr löten, sondern testen die einzelnen automatisch kontaktierten Chips auf ihre Funktionsfähigkeit. Ein Teil dieser Fabriken ist in den Entwicklungsländern geblieben und ist trotz Teilautomatisierung nicht zurückverlagert worden. Es gibt sogar Beispiele, dass solche Fabriken zunächst mal zwar wieder in die USA zurückverlagert wurden, aber dann schon wieder rückverlagert worden sind in die Entwicklungsländer. Warum soll der Einsatz der modernen Technologien beschränkt bleiben auf die Industrieländer?

Nun kann man sagen: Die modernen Technologien erfordern eine moderne Infrastruktur, sie erfordern höhere Qualifikationen, die Programmierung, die Wartung dieser Maschinen erfordert qualifiziertes Personal, das man nur in den Industrieländern findet. Das ist bis zu einem gewissen Grad richtig und hat auch seine Auswirkungen, aber es gibt viele Bereiche, wo es ausreicht, wenn ein Mechaniker mit dem Flugzeug innerhalb von 12 Stunden aus Westeuropa nach Malaysia geflogen wird, um die Reparatur vorzunehmen. Solche Fälle gibt es auch. Die Frage der Rückverlagerung lässt sich also nicht so einfach beantworten.

Widerspruch: Mir scheint eben ein neuer Widerspruch aufzutauchen. Auf der einen Seite wird in den Industrieländern, angestossen durch die OECD, die neuste Technologie gefördert mit der erklärten Absicht, die Exportmöglichkeiten der Industrieländer zu regenerieren. Das ist die Politik der Exportüberschüsse für das industrielle Kapital. Gleichzeitig verlangt das Finanzkapital, das ungeheuer an gesellschaftlicher und politischer Bedeutung gewonnen hat durch das Zurückbleiben von Realinvestitionen in den siebziger Jahren, dass die Verschuldungssituation der Dritten Welt geklärt werden muss. Man setzt auf Strategien, der Dritten Welt, den Schuldnerländern, neue Exportmöglichkeiten zu eröffnen. Die Schuldensituation kann aber nur gelöst werden, jetzt ganz im technischen Sinn der Banken, wenn die Entwicklungsländer zusammengenommen mehr exportieren als importieren. Und umgekehrt will das industrielle Kapital der Industrieländer mehr exportieren als importieren. Darin seh ich die Dynamik des Weltmarktes heute: Wie wird dieser Konflikt gelöst?

Fröbel: Für genau diesen Widerspruch, den du zutreffend geschildert hast, sehen manche keine Lösungsmöglichkeit. Ich kenne Kollegen, die die internationale Verschuldung der Entwicklungsländer sehr sorgfältig untersucht haben und die der Meinung sind, eine Lösung ist nur durch einen Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems möglich. Das heisst im besten Fall, dass die Banken, die Kredite gegeben haben, Verluste im gigantischen Umfang erleiden werden, und die Frage ist: Wer trägt diese Verluste? Das ist, wie gesagt, der beste Fall, in dem nicht eine Kettenreaktion einsetzt, wie das 1929 geschah, als der schwarze Freitag in Wallstreet eine Kettenreaktion zur Folge hatte mit Massenarbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise bis hin zur faschistischen "Lösung" in Mitteleuropa.

Wer soll diese Verluste bezahlen? Die Politik seit 1982, seit dem ersten Fall, als ein Entwicklungsland, nämlich Mexiko, seine Zahlungsunfähigkeit erklärt hat, ist ganz offensichtlich: man versucht, den Zusammenbruch dieses internationalen Schuldengebäudes, dieses Kartenhauses, ein Jahr ums andere hinauszuschieben, weil man hofft, in der Zwischenzeit genügend Reserven bilden zu können. All das zur Vorsorge für den Fall eines Kollapses des internationalen Schuldensystems. Und ich hab etwa vor einem halben Jahr einen zusammenfassenden Bericht gelesen, aus dem hervorging, dass die drei oder vier grössten Schweizer Banken es inzwischen geschafft haben, so grosse Reserven anzusammeln, dass sie selbst dann, wenn alle Kredite, die sie an sogenannte notleidende Schuldner in Lateinamerika gegeben haben, gleichzeitig abgeschrieben werden müssen, keinen Kollaps erleiden. Das ist aber bei den amerikanischen Grossbanken anders. Die haben nach wie vor nicht die Reserven, um einen solchen Kollaps überstehen zu können. Mit andern Worten, man versucht diesen anscheinend unvermeidlichen Kollaps so lange wie möglich hinauszuzögern, lässt inzwischen die breite Masse der Bevölkerung zahlen, damit für den Tag X grosse Reserven angesammelt sind, damit nicht das ganze internationale Finanzsystem zusammenkracht mit einer Kettenreaktion wie Ende der zwanziger Jahre. Alexander Schubert hat meiner Meinung nach gute Argumente für diese Einschätzung der Situation geliefert.

Widerspruch: Ist diese Situation, wie sie sich jetzt auf den Weltmärkten herstellt, nicht eine klassische, sich selbst verstärkende Situation einer unzureichenden Nachfrage im Weltmassstab? Die Industrieländer wollen mehr in die Dritt-Welt-Länder exportieren, diese müssen mehr in die Industrieländer exportieren. Das geschieht nicht, die Schulden sind zu hoch, es werden Sparmassnahmen getroffen, respektive die entsprechende Politik betrieben, was zu vermehrten Nachfrageausfällen führt. Und da gibt es doch Vorschläge, dass man diese Situation beheben könnte, indem man analog zur Zeit nach dem 2. Weltkrieg einen Marshallplan auch für die Dritte Welt, konkret vor allem für Lateinamerika, auf die Beine stellt. Betrachtest du ein solches Projekt als ökonomisch realistisch, und wie sind die politischen Perspektiven?

Fröbel: Das ist vor einigen Jahren im Prinzip schon einmal von einer internationalen Kommission vorgeschlagen worden, nämlich der Brandt-Kommission, der Nord-Süd-Kommission. Die hat ja, obwohl sie zum Teil aus sehr konservativen Politikern, etwa dem ehemaligen konservativen englischen Premier Edward Heath zusammengesetzt war, genau diese Konsequenz gezogen, dass sie die einzige Lösung dieser Schwierigkeiten darin sah, die Beziehungen zwischen Nord und Süd grundlegend umzustrukturieren. Ähnlich wie der Marshallplan nach dem 2. Weltkrieg im ökonomisch zurückgebliebenen Teil der Welt, damals das kriegszerstörte Westeuropa, eine massive Injektion von Kapital, Direktinvestitionen oder in welcher Form das dann auch immer geschieht, vornahm, soll es heute im Süden geschehen, in der Hoffnung, dass dies dann einen selbstverstärkenden Prozess in Gang setzt ähnlich wie damals zwischen den USA und Westeuropa und Japan.

Nach dem 2. Weltkrieg war offenbar das auslösende Moment für den

schliesslichen Erfolg dieser Operation, dass in den USA die Technologie, die Produktivität weit höher war als in Westeuropa und Japan; das US-Kapital hatte die entsprechenden Management-Methoden, während in Westeuropa und Japan eine relativ disziplinierte, qualifizierte und auch relativ billige Arbeitskraft vorhanden war. Dieses Gefälle hat eine erste Welle von Investitionen hervorgerufen, und das war der Anstoss für einen selbstverstärkenden Prozess. Dieselbe Idee ist hinter einem dieser Vorschläge der Nord-Süd-Kommission gestanden. Man muss aber zwei Fragen stellen. Erstens: kann es tatsächlich ökonomisch funktionieren, und zweitens: kann es politisch in die Tat umgesetzt werden? Ich fang mal mit dem zweiten an. Da hab ich schon Bedenken. Das würde ja voraussetzen, dass die Regierungen zumindest der grossen westlichen Industrieländer sich gemeinsam auf ein Programm verständigen und entsprechend auch die Regierungen der Dritten Welt bereit wären, ein solches Programm mitzumachen. Auf der Seite der Dritten Welt würde ich mal die Bereitschaft dazu voraussetzen, ich bin aber skeptisch über die Möglichkeiten einer politischen Einigung in den Industrieländern, weil wir da genügend Erfahrungen gesammelt haben mit den berühmten Weltwirtschaftsgipfeln, die nichts an Koordination zustandebrachten.

Ich seh aber das Hauptproblem auf ökonomischem Gebiet. Der fundamentale Unterschied zwischen Westeuropa, Japan am Ende des 2. Weltkriegs einerseits und der Dritten Welt heute anderseits scheint mir darin zu liegen, dass in den ersteren eine Tradition kapitalistischer Produktionsweise über mehrere Generationen oder zumindest über mehrere Jahrzehnte existiert hatte. Das bedeutete eben, dass es eine disziplinierte, qualifizierte, relativ billige Arbeiterschaft gab. Und das ist in der Dritten Welt nur sehr sporadisch vorhanden. In meinen Augen ist das das entscheidende ökonomische Hindernis dafür, dass ein Marshallplan für die Dritte Welt funktionieren kann. Ich glaube, dass die Ausgangsbedingungen von der Arbeitskraft her und von der industriellen Infrastruktur her in grossen Teilen der Dritten Welt nicht vorhanden sind.

Widerspruch: Als ich vorhin den Widerspruch zwischen Industrie- und Finanzkapital formuliert habe, hast du geantwortet, dass man fast von einem Kollaps im internationalen Finanzsystem ausgehen könne und müsse. Das würde ja heissen, dass dieser Widerspruch gewaltsam gelöst würde, indem die Industrieländer nicht bereit sind, Importüberschüsse hinzunehmen. Anderseits heisst das auch, dass ein steigender Nachfrageausfall auf dem Weltmarkt zustandekommt, so dass man jetzt trotz dieser schwachen Aufwärtsbewegung der Weltwirtschaft in den letzten 2 Jahren davon ausgehen müsste, dass die Krise eigentlich erst bevorsteht. Man darf also nicht darauf hoffen, dass uns die "langen Wellen" in einen neuen Gesellschaftstypus hineintragen werden, den man "Dienstleistungsgesellschaft" oder anderswie nennen kann.

Fröbel: Ich seh einen Unterschied zwischen der Krise der zwanziger und dreissiger Jahre und der gegenwärtigen Krise. Zunächst mal in Zahlen ausgedrückt sank die industrielle Produktion in einigen der grössten Industrieländer in den dreissiger Jahren nicht um 3 oder 5 Prozent, sondern um 30 und mehr

Prozent, mit entsprechender Auswirkung auf die Arbeitslosigkeit. Während jetzt, auch in den Tiefpunkten der Konjunktur in den letzten 15 Jahren der Krise, der Rückgang der industriellen Produktion immer nur in der Größenordnung von wenigen Prozent gelegen hat. Minus 5 Prozent war das Maximum, beziehungsweise das Minimum.

Woran liegt das? Ich glaube, es liegt daran, dass nach dem 2. Weltkrieg das Industrialisierungsmodell unter der Führung der USA darin bestanden hat, in den westlichen Industrieländern zunehmend die Gesellschaftsstruktur von der Reproduktion der Arbeitskraft im Subsistenzsektor auf die Reproduktion innerhalb des Marktmechanismus umzustellen. Was mein ich damit? In den zwanziger und dreissiger Jahren war ein grosser Teil der Lebenshaltungskosten, der Erfordernisse für die Lebenserhaltung einer Arbeiterfamilie noch gewährleistet durch Hausarbeit, durch einen Garten, durch billige Lebensmittel, die man direkt beim Bauern kaufen konnte undsowieso. Ein relativ geringer Teil dessen, was man für den täglichen Unterhalt brauchte, wurde über den Markt bezogen. Verglichen mit dem, was 1970 üblich ist, ist es ein gigantischer Unterschied. 1970 brauchte eine Arbeiterfamilie beispielsweise ein Auto, um zur Arbeit zu kommen. Oder da das Einkommen des Mannes nicht ausreichte, um die gestiegenen Kosten zu zahlen, musste auch die Frau zumindest halbtags arbeiten gehen.

Das war aber keine isolierte Entwicklung, sondern hatte Auswirkungen beispielsweise auf die Altersversorgung, auf die Familienstruktur und anderes. Man ist zunehmend davon ausgegangen, dass die Versorgung der Kinder und der Alten und der Kranken nicht mehr von der Familie übernommen werden konnte, sondern von eigens dafür geschaffenen Institutionen, ob das nun der Kindergarten war, oder eine verlängerte Schulausbildung, oder Altersheime, oder ein ausgebautes System von Sozialversicherungen. Der ganze Aufbau des Sozialstaats hatte die Aufgabe, die Reproduktion der Arbeitskraft zum Teil herauszunehmen aus der Eigenleistung der alten Einheiten, der alten Familie, und in die Regie des Marktes zu übernehmen. Und der Erfolg dieses Nachkriegsmodells beruhte ja auch darauf, dass man immer neue Nachfrage hatte. Das, was der Haushalt nicht mehr reproduzierte, wurde jetzt durch den Markt geleistet. Das bedeutet, dass einerseits die Löhne steigen mussten, dass auf der andern Seite aber auch erhöhte Nachfrage bestand. Das hat sich institutionell so verfestigt, dass diese Entwicklung nicht mehr durch eine Krise wie anfangs der siebziger Jahre ohne weiteres rückgängig zu machen war. Die Arbeitslosenversicherung, die Sozialversicherung, Rentenversicherung, die Durchkapitalisierung eben dieser Reproduktion der Arbeitskraft, die war zu weit fortgeschritten, als dass sie von einer Rezession wie 74/75 in Frage gestellt werden konnte.

Insofern sehe ich da einen grundsätzlichen Unterschied und würde davor warnen zu sagen, wir seien in einer abwärtsgerichteten Spirale, in einem Nachfragerückgang. Dementsprechend würde ich auch davor warnen zu glauben, man könnte mit einer Therapie erfolgreich sein, die auf diese abwärtsgerichtete Spirale weltweit zurückgehender Nachfrage abstellt. Es ist klar, dass die Nachfrage mehr oder weniger stagniert, aber man muss sehen, dass es nicht diesen freien Fall, minus 30 Prozent, wie in den dreissiger Jahren gibt, sondern allenfalls minus 5 Prozent.

Widerspruch: Meine Frage war in der Perspektive der Theorie der langen Wellen, ob der Krisentiefpunkt schon erreicht sei, oder ob wir erst auf ihn hinsteuern.

Fröbel: Ich sehe keine abwärtsgerichtete Spirale, aber ich halte es nicht für ausgeschlossen, dass die Verschuldungskrise zu einem Kollaps führt im Weltwährungssystem. Ich würde nicht so weit gehen und sagen, dass es notwendigerweise so weit kommen muss. Die Vorsorgen für diesen Tag X, über die wir vorhin geredet haben, die könnten das Schlimmste abwenden. Ich wage da keine eindeutige Prognose. Der Kollaps ist nicht zwangsläufig, und insofern halte ich es für denkbar, dass man sich noch weitere 5 oder 10 Jahre in der Krise der Weltwirtschaft hinschleppt in der Hoffnung, dann doch aus dem System heraus einen Anstoss zu bekommen; und die konservative Politik, die Wirtschaft der westlichen Industrieländer zu japanisieren, ist ja konzipiert als eine Umstrukturierung der gesamten kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur; und zwar in der Weise, dass Bedingungen geschaffen sind, die dann einen neuen Schub von Investitionen zur Folge haben sollen. Die Hoffnung besteht natürlich für diese konservativen Kreise darin, dass die Herstellung der Bedingungen für eine Durchjapanisierung der Produktion eines Tages es wieder enorm profitabel macht, in diesen neuen Möglichkeiten zu investieren; dass bei Nullwachstum oder geringem Wachstum sich Veränderungen ergeben könnten, die dann aus dem System heraus zu einem Stoss von Investitionen führen, so ähnlich wie nach dem 2. Weltkrieg. Das wird natürlich heute ein anderer Mechanismus als damals sein, aber es könnte immerhin bedeuten, dass, sagen wir mal, in 5 Jahren diese Vorbereitung zur Durchjapanisierung für eine zunehmende Masse von Unternehmen es verlockend erscheinen lassen, voll zu investieren in all diese neuen Technologien. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, dass sich das System nochmals aus eigener Kraft aufrappeln wird.

Widerspruch: Vielleicht geschieht die Aufrappelung unter der Bedingung, dass wesentliche Teile der Dritten Welt vom Weltmarkt ausgeschlossen bleiben, als Restriktion gewissermassen.

Fröbel: Dass im Interesse der Schuldentilgung der Dritten Welt ein Interesse an Exportüberschüssen für die Dritte Welt besteht, könnte tatsächlich dazu führen, dass diese Ausklammerung eines Teils der Dritten Welt aus der Weltwirtschaft, die als Möglichkeit in der Politik Reagans besteht, nicht zustandekommt. Aber das sind widersprüchliche Kräfte, es gibt da keine einheitliche Politik, die sich schon als geschlossenes Konzept durchgesetzt hätte.

ANMERKUNG

* Mit Folker Fröbel sprachen für den WIDERSPRUCH Christoph Müller und Kurt Zurgilgen am 16.11.1985 im Rahmen der Zürcher Volksuni.